

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 8687/J-NR/2016 betreffend Beschäftigung von Jugendlichen im BMBF, die die Abg. Petra Steger, Kolleginnen und Kollegen am 17. März 2016 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Vorausgeschickt wird, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Personalkapazitäten von den im Nationalrat jeweils beschlossenen Personalplänen abhängig sind und diesen damit Grenzen gesetzt sind. Ausgenommen davon ist die Aufnahme von Lehrlingen.

Zum Stichtag der Anfragestellung sind im Bundesministerium für Bildung und Frauen in der Altersgruppe der Personen unter 30 Jahren 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter vertraglich Beschäftigte sowie Lehrlinge.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller im Bundesministerium zum Stichtag der Anfragestellung Beschäftigten ergibt sich ein prozentueller Anteil von 12,8% der Altersgruppe der Personen unter 30 Jahren.

Zu Fragen 4 und 6:

Der angefragte Personenkreis wird – entsprechend den Fähigkeiten und dem Bedarf – grundsätzlich im gesamten Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen eingesetzt.

Zu Frage 5:

In der Altersgruppe der Personen unter 30 Jahren wurden im Jahr 2015 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesministerium für Bildung und Frauen neu beschäftigt.

Zu Fragen 7 bis 9:

Keine.

Minoritenplatz 5
1010 Wien
Tel.: +43 1 531 20-0
Fax: +43 1 531 20-3099
ministerium@bmbf.gv.at
www.bmbf.gv.at

DVR 0064301

Zu Fragen 10 bis 13:

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen ermöglicht eine Lehrausbildung im Lehrberuf „Verwaltungsassistentinnen bzw. -assistenten“. Eine Ausbildung ist im gesamten Bereich des Ministeriums möglich und werden die Lehrlinge in verschiedenen Bereichen des Bundesministeriums für Bildung und Frauen eingesetzt. Zum Stichtag der Anfragestellung sind 23 Lehrlinge beschäftigt.

Zu Frage 14:

Im Jahr 2015 haben 9 Personen eine Lehrausbildung im Bundesministerium für Bildung und Frauen begonnen.

Zu Frage 15:

Auf ausgeschriebene Lehrstellen im Bundesministerium für Bildung und Frauen im Jahr 2015 sind 65 Bewerbungen eingegangen.

Zu Fragen 16 und 17:

Ausgehend vom Lehrling wurden keine Lehrverhältnisse im Bundesministerium für Bildung und Frauen gelöst.

Zu Frage 18:

Mit Stichtag der Anfragestellung ist geplant, 5 Lehrlinge im Jahr 2016 neu aufzunehmen.

Zu Fragen 19 bis 21:

Dem Bundesministerium ist es ein Anliegen jungen Menschen eine Beschäftigungsperspektive zu eröffnen. So wird beispielsweise im Rahmen von Verwaltungspraktika jungen Interessentinnen und Interessenten die Möglichkeit geboten, Erfahrungen im Bundesdienst zu sammeln. Des Weiteren können interessierte Jugendliche durch berufspraktische Tage im Rahmen einer Schulveranstaltung oder schulbezogenen Veranstaltung sowie durch individuelle Berufsorientierung die Tätigkeit im Bundesministerium für Bildung und Frauen kennenlernen.

Bei der Aufnahme von Lehrlingen wird weiterhin darauf hingewirkt, zukunftsorientierte Ausbildungswege für weibliche und männliche Lehrlinge zu forcieren. Das Bundesministerium für Bildung und Frauen ist bestrebt, eine im Rahmen der ressortspezifischen Möglichkeiten größtmögliche Zahl an Lehrlingen im Lehrberuf Verwaltungsassistent auszubilden. Die bestmögliche Ausbildung wird durch qualifizierte Betreuung und Rotation gewährleistet. Es besteht ein umfassendes zusätzliches Angebot von Seminaren zur Lehrlingsausbildung an der Verwaltungsakademie des Bundes. Der Lehrlingsaustausch mit anderen Bereichen sowie die Option zur Ablegung der Berufsreifeprüfung („Lehre mit Reifeprüfung“) werden dabei ebenso weiter gestärkt werden. Nach der Lehrzeit werden die ausgebildeten Lehrlinge nach Möglichkeit in ein Dienstverhältnis übernommen.

Ungeachtet des Umstandes, dass jugendarbeitsmarktbezogene Fragestellungen nicht primär in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen fallen, darf bemerkt werden, dass das österreichische Bildungssystem verschiedene Schularten mit unterschiedlichen Schwerpunkten umfasst und durch seine Differenziertheit und in der Berufsbildung durch seine Praxisnähe charakterisiert ist. Insbesondere durch seine ausgeprägte Angebotsvielfalt im

schulischen wie dualen Bereich ermöglicht es den Jugendlichen, ihre Neigungen und Begabungen zu entfalten.

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen trägt in seinem Verantwortungsbereich durch zahlreiche Reformmaßnahmen und spezifische Aktivitäten zur stetigen Senkung der Abbruchquoten bei. Im Jahr 2014 verfügen 93% der 18 – 24 Jährigen in Österreich entweder über den Abschluss einer vollzeitschulischen Ausbildung auf Niveau der Sekundarstufe II oder einer dualen Ausbildung. Damit konnte der Benchmark der Europa 2020 Strategie bereits unterschritten werden, wodurch deutlich wird, dass im österreichischen Bildungs- und Ausbildungssystem in den letzten Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden sind, die nach und nach Wirkung zeigen.

Um Schulabbrüche noch stärker als bisher zu vermeiden, werden im schulischen Bereich insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Prävention und Intervention intensiviert, wie Maßnahmen zur Orientierung an und Stärkung von Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Persönlichkeit, zur gezielten Qualitätsentwicklung im Bereich Lehren und Lernen, betreffend verbesserte Information, Beratung und Orientierung für Berufs- und Bildungswegentscheidungen, zur bedarfsgerechten, individuellen Beratung und Intervention bei Abbruchgefährdung, betreffend Kooperation der psychosozialen Unterstützungssysteme am Schulstandort sowie koordinierte pädagogische (Förder-)Maßnahmen und diverse Maßnahmen, die individualisiertes Lernen und das Aufholen von Kompetenzen ermöglichen. Durch den Fokus auf diese Maßnahmen setzt das Bundesministerium für Bildung und Frauen sowohl im Bereich der allgemein bildenden Schulen als auch im Bereich der berufsbildenden Schulen gezielt auf pädagogisches Handeln, das zu einer Optimierung der Ausbildungsreife beitragen und das gesamte Schülerinnen- und Schülerpotenzial ansprechen soll. In der Sekundarstufe II wird zudem auch auf neue Konzepte der Ausbildung gesetzt, die einerseits Jugendliche zum Verbleib in der gewählten Schulart befähigen und motivieren und andererseits durch neue Konzepte insbesondere im Bereich der berufsbildenden mittleren Schulen ansprechen und zum Besuch einer dieser Schulen anregen sollen.

Weiters setzt das Bundesministerium für Bildung und Frauen auf Maßnahmen im Rahmen der Schulqualitätsinitiativen SQA und QIBB, die Bildungsstandards, den Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Ausbauoffensive – Neue Mittelschule (NMS), die Neue Oberstufe (NOST), die standardisierte, kompetenzorientierte Reife- bzw. Reife- und Diplomprüfung, den Ausbau der Sprachförderung, den Schulversuch „PTS 2020“, die Handelsschule Neu, die Reform der berufsbildenden mittleren Schulen sowie das Nachholen des Pflichtschulabschlusses, um Schulabbrüche weiterhin zu senken und Bildungsabschlüsse zu erhöhen.

Wien, 13. Mai 2016
Die Bundesministerin:

Gabriele Heinisch-Hosek eh.

